
Rita Nikolai, Moritz Gawert & Line Saur

Schule im Kulturkampf

Die AfD und ihre schulpolitischen Positionen zu Unterrichtsinhalten

Zusammenfassung

Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) nutzt Schulpolitik gezielt zur Durchsetzung einer autoritär-nationalistischen Kulturpolitik. Anhand einer qualitativ-inhaltsanalytischen Untersuchung von Wahlprogrammen der Landesverbände Brandenburg, Sachsen und Thüringen zeigt der Beitrag, wie die Partei Unterrichtsinhalte strategisch rahmt – etwa durch Ablehnung von Vielfalt, eine Re-Nationalisierung des Geschichtsunterrichts, Stärkung der Heimatidentität und die Einschränkung kritisch-demokratischer Debatten unter dem Vorwand politischer Neutralität.

Schlüsselwörter: AfD; Schulpolitik; Unterrichtsinhalt; Wahlprogramm; Demokratiebildung

School in a Culture War

The AfD and Its School Policy Positions on Curriculum Content

Abstract

The political party “Alternative für Deutschland” (“Alternative for Germany”, AfD) strategically uses education policy to enforce an authoritarian-nationalist cultural agenda. Based on a qualitative content analysis of election programs from the state associations in Brandenburg, Saxony, and Thuringia, the article demonstrates how the party frames curriculum contents – for instance, through the rejection of diversity, the re-nationalization of history education, the promotion of national identity and the restriction of critical-democratic debate under the pretext of political neutrality.

Keywords: AfD; school policy; school curriculum; election program; democracy education

1 Einleitung

Für die „Alternative für Deutschland“ (AfD) hat Schulpolitik eine hohe Relevanz (Gawert & Saur, 2024, S. 468; Nikolai et al., 2024), schließlich können Parteien über ihre Parlamentsabgeordneten Einfluss auf Entscheidungsprozesse in der Gestaltung von Schulen nehmen. Bildungspolitik kann, wie Beck et al. betonen, als „Vehikel autoritärer Politik“ (2024, S. 32) verstanden werden – ein Instrument, das rechtspopulistische Akteur*innen

gezielt zur Durchsetzung ihrer Agenda nutzen (dazu auch Salajan & Jules, 2024, S. 335). Die Gestaltung der Schulstruktur, Zugangsmöglichkeiten zu Schulformen und Unterrichtsinhalte prägen Bildungsbiografien (Helbig & Nikolai, 2015). Schule als „Lern- und Lebensraum“ (Kenzhegaliyeva, 2023) und „Sozialisationsinstanz“ (Fend, 2009, S. 83) beeinflusst zudem die Wertvorstellungen und politische Urteilsfähigkeit von Schüler*innen. Unterrichtsinhalte nehmen in der schulpolitischen Programmatik der AfD dabei eine zentrale strategische Rolle ein (Nikolai et al., 2024), da diese relativ einfach beeinflusst werden können, ein hohes Mobilisierungspotenzial bieten und der Partei die Möglichkeit eröffnen, ihre Werte und Menschenbilder offensiv zu verankern (Gawert et al., 2025). Unterrichtsinhalte sind für die AfD ein Vehikel und ein wirkungsvolles Interventionsfeld, um Schule nach ihren autoritär-nationalistischen und kulturpolitischen Vorstellungen zu verändern und Vielfalt, Pluralität und kritische Reflexion an Schulen zurückzudrängen.

Ziel des Beitrags ist es, die Positionen der AfD zu Unterrichtsinhalten entlang folgender Forschungsfragen zu untersuchen: *Welche Positionen zu Unterrichtsinhalten nimmt die AfD ein, wie begründet sie diese und wie haben sich diese über verschiedene Wahlperioden hinweg entwickelt?*

Die AfD ordnen wir als extrem rechte und populistische Partei ein, da sie „sowohl Elemente des Rechtspopulismus als auch der extremen Rechten eint“ (Gawert & Saur, 2024, S. 468). Das Bundesamt für Verfassungsschutz stuft die AfD als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ ein aufgrund ihrer „die Menschenwürde missachtenden, extremistischen Prägung“ (BfV, 2025). Analysiert werden Wahlprogramme der AfD in Thüringen, Brandenburg und Sachsen (2014, 2019 und 2024), die Wahlhochburgen der AfD sind. Zunächst stellen wir die theoretische Einbettung der Analyse vor (Kap. 2) und untersuchen anschließend die AfD-Programmatik zur Sexualpädagogik, Heimat- und Geschichtsvermittlung sowie Demokratiebildung (Kap. 3). Der Beitrag schließt mit einem Fazit und offenen Forschungsfragen (Kap. 4).

2 Theoretische Einbettung

Im internationalen Vergleich, insbesondere in der angelsächsischen Bildungsforschung, liegt mittlerweile ein breiter Forschungsstand vor, der die Bildungskonzeptionen von rechtspopulistischen Akteur*innen und ihren Einfluss in der Bildungspolitik analysiert (Giudici et al., 2025; Hussain & Yunus, 2021; Nestore & Robertson, 2022; Piattoeva et al., 2023): Rechtspopulistische Parteien greifen auf nationalkonservative Konzepte zurück: Sie befürworten selektive, leistungsorientierte Schulsysteme, die eine Differenzierung der Schüler*innen nach Leistung vorsehen, lehnen inklusive Bildung mit Verweis auf vermeintliche Leistungs Nachteile ab und diskreditieren eine pluralitätsorientierte Pädagogik.

Rechtspopulistische Akteur*innen beanspruchen zunehmend Einfluss auf Lehrpläne – nicht nur parlamentarisch, sondern auch über Kampagnen und auf juristischem Wege, wie etwa in Frankreich und den USA (Proeschel & Szukula, 2024). Unterricht wird dabei zum symbolischen Feld der Auseinandersetzung um nationale Identität und gesellschaftliche Leitbilder (Giudici, 2024). Schule erscheint nicht nur als Bildungsinstitution, sondern in der Programmatik rechtspopulistischer Akteur*innen als Ort kultureller Hegemonie (Andresen, 2018), um schulpolitische Forderungen strategisch zu platzieren und Wäh-

ler*innen zu mobilisieren. Gleichwertigkeit, Teilhabe und Differenzsensibilität im schulischen Unterricht werden von ihnen abgelehnt, da sie von einer homogenen, hierarchisch gegliederten Gesellschaft ausgehen (Andresen, 2018; Baader, 2020).

Bislang blieb Deutschland in vergleichenden Untersuchungen unterrepräsentiert. Systematische Analysen (etwa aus inhaltsanalytischer Perspektive) gibt es bislang nur punktuell, etwa dazu, wie Positionen der AfD in Sozialen Medien analysiert werden können (Gawert & Saur, 2024), welche Positionen die AfD im Bund und in den Bundesländern zum Schulsport formuliert (Gawert et al., 2025), welche schulpolitischen Positionen die AfD Thüringen vertritt (Nikolai et al., 2024), wie sich die Partei in Parlamenten zum Thema Jugendpolitik einbringt (Hafeneger et al., 2021) und wie anschlussfähig schulpolitische Positionen Rechter Christ*innen zu rechtspopulistischen Narrativen sind (Nikolai & Feldengut, 2024). Eine systematische Analyse ihrer Positionen zu Unterrichtsinhalten steht bisher aus. Der internationale Vergleich zeigt, dass rechtspopulistische Parteien dafür plädieren, dass sich Unterrichtsinhalte auf Lesen, Schreiben und Naturwissenschaften konzentrieren sollen. Geschichtsunterricht soll national gerahmt und von erinnerungspolitischen Elementen entkernt werden. Die Thematisierung von Gender, Sexualaufklärung, Migration, Rassismus und globalen Machtverhältnissen wird abgelehnt. Stattdessen soll sich Unterricht auf Heimat, Nation, Ordnung und kulturelle Homogenität sowie Identität konzentrieren (vgl. hierzu Giudici et al., 2025; Hussain & Yunus, 2021; Nestore & Robertson, 2022; Piattoeva et al., 2023). In der Zurückweisung dieser Inhalte manifestiert sich eine Gegenposition zur Demokratiebildung, die auf Partizipation, Menschenrechtsorientierung und Differenzsensibilität zielt (Kenner & Lange, 2022). Dieses Analyseraster zu Unterrichtsinhalten (Sexualpädagogik, Vielfalt, Heimat- und Geschichtsunterricht und Demokratiebildung) wenden wir deduktiv auf die Analyse der AfD-Wahlprogramme an.

Nach Giudici ist „Bildungspolitik in erster Linie [als] Kulturpolitik“ (Giudici, 2024, S. 412) zu verstehen und für rechtspopulistische Parteien stehen Unterrichtsinhalte im Zentrum ihrer schulpolitischen Agenden aus drei Gründen. *Erstens* können rechtspopulistische Parteien – stellen sie die Alleinregierung oder sind als Koalitionspartnerin an Regierungen beteiligt – über das Instrument der Unterrichtsinhalte relativ einfach ihre schulpolitischen Agenden durchsetzen. Denn anders als Veränderungen an der Schulstruktur müssen Unterrichtsinhalte nicht im Parlament beschlossen werden, sondern können über das Bildungsministerium als Anordnungen verändert werden (Hanschmann, 2024). *Zweitens* sehen rechtspopulistische Parteien in Veränderungen von Unterrichtsinhalten ein wirksames Instrument, um Einfluss auf Werte, Identität und politische Einstellungen von Schüler*innen und damit potenziell zukünftigen Wähler*innen nehmen zu können (Giudici, 2024). *Drittens* bieten Unterrichtsinhalte eine hohe mediale Resonanz und die Möglichkeit, Allianzen mit anderen Akteur*innen, insbesondere mit Eltern, Verwandten von Schüler*innen und der an Schule interessierten Öffentlichkeit zu bilden (Nikolai & Feldengut, 2024).

Mit dem Fokus auf Unterrichtsinhalte erfassen wir, welche Ziele und Inhalte die AfD für Lehrpläne an Schulen vorsieht. Ein Lehrplan ist dabei als „Repräsentant bzw. Medium zur Erreichung eines bestimmten Ziels“ und als „Teil übergreifender politischer Strategien zu sehen“ (Böhm & Seichter, 2022, S. 308). Es ist zu prüfen, ob die kulturpolitischen Vorstellungen der AfD mit ihrem „exklusive[n] Kulturbegriff“ (Lück, 2017, S. 6), der eine „vermeintliche Trennung von ‚Eigenem‘ (‚Heimat‘, ‚Identität‘, ‚deutsche Leitkultur‘) und ‚Frem-

den' („Multi-Kulti“) sowie eine mythische Überzeichnung von ‚Volk‘ und ‚Nation‘“ (ebd.) vornimmt, auch in deren schulpolitischen Positionierungen eine Rolle spielt.

3 Positionen der AfD zu Unterrichtsinhalten

3.1 Methodisches Vorgehen: Inhaltsanalyse von Wahlprogrammen

Welche schulpolitischen Themen die AfD in ihren Wahlprogrammen aufgreift, welche Positionen sie dazu einnimmt und auf welchen Begründungsmustern diese beruhen, wird mithilfe einer computergestützten qualitativen Inhaltsanalyse in Anlehnung an Kuckartz und Rädiker (2024) untersucht. Wahlprogramme geben nach Hepp die „Essenz der bildungspolitischen Profilhemen“ (2011, S. 68) wieder und eignen sich daher besonders zur Analyse schulpolitischer Positionen von Parteien. Um nicht nur die aktuellen Positionen der AfD zu Unterrichtsinhalten zu erforschen, sondern auch langfristige Entwicklungen zu berücksichtigen, basieren die Analysen im Artikel auf neun Wahlprogrammen der letzten drei Landtagswahlen in den drei ostdeutschen Bundesländern der AfD-Landtagsfraktionen (AfD Brandenburg (BB), 2014, 2019 und 2024; AfD Sachsen (SN), 2014, 2019 und 2024; AfD Thüringen (TH), 2014, 2019 und 2024).

Die Kategorien wurden in einem deduktiv-induktiven Verfahren entwickelt. Theoretisch begründet sind die Kategorien „Sexualpädagogik“ und „vielfältige Lebensweisen“, „Heimatvermittlung“ und „Geschichtsunterricht“ sowie „Demokratiebildung“. Diese Kategorien adressieren zentrale Felder rechtspopulistischer Kulturpolitik, die – wie im Theorieabschnitt erläutert – eng mit Fragen von Identität, Zugehörigkeit und gesellschaftlicher Ordnung verknüpft sind. Ergänzend wurde induktiv die Kategorie „politische Neutralität“ aufgenommen. Dabei handelt es sich zwar nicht um einen konkreten Unterrichtsinhalt, jedoch taucht die Forderung im Material häufig im Zusammenhang von Demokratiebildung, Vielfalt und schulischer Wertvermittlung auf. Unsere Auswahl wird zudem durch bestehende Analysen zu Positionen rechtspopulistischer Parteien zu Unterrichtsinhalten gestützt (vgl. u. a. Giudici, 2024; Hafenecker & Jestädt, 2022; Mayer, 2024; Nikolai et al., 2024).

In einem iterativen Codierungsprozess haben wir die Wahlprogramme mehrfach durchgesehen und die deduktiv-induktiv entwickelten Analysekategorien auf den gesamten Korpus angewendet. Dieses Vorgehen ermöglichte es uns, über eine reine Positionserhebung hinauszugehen und die wiederkehrenden Argumentationslogiken sowie normativen Leitbilder der AfD im schulischen Kontext zu rekonstruieren. So wurden auch deren pädagogische Orientierungen identifizierbar, insbesondere, wie die AfD Lernen, Erziehung, schulisches Wissen und die Autorität von Lehrkräften normativ rahmt.

3.2 Ablehnung einer Sexualpädagogik und Thematisierung vielfältiger Lebensweisen

Sexualpädagogik ist ein zentrales Konfliktfeld in der schulpolitischen Programmatik der AfD. In Anknüpfung an Giudicis Verständnis von „Bildungspolitik [als] Kulturpolitik“ (2024,

S. 412) lässt sich deren Ablehnung sexualpädagogischer Inhalte im Unterricht als Teil einer umfassenden Strategie zur kulturellen Re-Nationalisierung und Hegemoniesicherung deuten. Schule als Ort gesellschaftlicher Wertevermittlung soll aus Sicht der AfD gegen linksideologische Einflüsse geschützt werden.

In ihren Wahlprogrammen problematisiert die AfD Sexuaufklärung an Schulen. So soll diese „altersgerecht“ (AfD TH, 2024, S. 35) erfolgen und gehöre nicht in den „Kindergarten oder die Grundschule, sondern in die Zeit der Pubertät“ (AfD TH, 2024, S. 35). Eine Thematisierung vielfältiger sexueller Lebensformen und Orientierungen wird abgelehnt. Stattdessen wird das Bild einer vermeintlichen Indoktrinierung und einer „Frühsexualisierung“ (AfD BB, 2024, S. 15; AfD SN, 2024, S. 22; AfD TH, 2024, S. 35) als ein Eingriff in die kindliche Entwicklung entworfen, das nach Mayer (2024) als ein bewusst eingesetztes „Bedrohungsszenario“ (ebd., S. 418) interpretiert werden kann. Die AfD argumentiert, dass Kinder nicht in ihrer „sexuelle[n] Identität verunsichert“ (AfD SN, 2024, S. 22) werden sollen.

Während in Brandenburg das Thema der Sexuaufklärung erst im Programm von 2024 aufgegriffen wird, äußern sich die Wahlprogramme der AfD in Sachsen und Thüringen zu allen Zeitpunkten dazu (2014, 2019 und 2024). Sexuaufklärung soll nach Argumentation der AfD ein positives Bild von Familie und Ehe vermitteln, mit einem „Ja zum eigenen Kind als etwas Natürliches sowie als Teil und Bereicherung der eigenen Persönlichkeit“ (AfD TH, 2024, S. 36). Die Thematisierung vielfältiger Sexualitäts- und Lebensweisen soll in Schulen kein Unterrichtsthema sein und gar von einem „Verbot der Sexualpädagogik der Vielfalt“ (AfD BB, 2024, S. 42) ist die Rede. Die „Ablehnung sexualpädagogischer Arbeit“ wird mit „gleichstellungs- und vielfaltsfeindliche[n] Werte[n]“ (Mayer, 2024, S. 420) begründet.

Damit zielt die diskursive Strategie der AfD auf eine Emotionalisierung elterlicher Ängste und auf eine Delegitimierung von Unterrichtsinhalten, die die Gleichwertigkeit und Vielfalt aller Menschen anerkennen. Sexualpädagogik dient der AfD als Projektionsfläche, um sich als Verteidigerin einer elterlichen Erziehungshoheit zu inszenieren. Ergänzt wird diese Position durch die Forderung, dass Sexuaufklärung allein durch Lehrkräfte erfolgen soll (AfD BB, 2024, S. 42; AfD TH, 2024, S. 36), auch um eine vermeintliche „Indoktrination durch Gender-Lobbygruppen“ (AfD BB, 2024, S. 42) zu verhindern. Zudem sollen der „Gebrauch von Gendersprache“ (AfD TH, 2024, S. 5; vgl. auch AfD BB, 2024, S. 43 und AfD SN, 2014, S. 19) und Gender-Mainstreaming als gleichstellungspolitische Strategie (hierzu AfD BB, 2024, S. 42) an Schulen untersagt werden. Begründet wird diese Position damit, dass sie einer „im Grundgesetz verankerte[n] Vorrangstellung von Ehe und Familie“ (AfD SN, 2024, S. 24) widersprechen würde. Zudem gäbe es „natürliche Unterschiede zwischen Mann und Frau“ (ebd.) und Geschlechter seien keine „soziale[n] Konstrukte“ (ebd.). Drastisch wird es im 2014er Wahlprogramm der AfD bereits beschrieben: „Lehr- und Lehrbuchinhalte haben sich an der Lebenswelt von Mehrheiten zu orientieren, nicht an der von Minderheiten“ (AfD SN, 2014, S. 7).

Sexualpädagogik wird von der AfD eng mit einer generellen Ablehnung gleichstellungspolitischer Maßnahmen verbunden und dies ordnet sich in das übergeordnete rechtspopulistische Narrativ einer homogenen, hierarchisch gegliederten Gesellschaft ein (Oldemeier, 2019). Sexualpädagogik an Schulen ist deshalb für die AfD ein zentrales Thema, da darin

deren Favorisierung eines heteronormativen Familienbildes und Geschlechterrollen sowie ihre Erziehungsvorstellungen zum Ausdruck kommen. Für die AfD bietet das Thema zudem ein hohes Emotionalisierungspotenzial und ermöglicht, Allianzen mit religiös-konservativen Akteur*innen zu knüpfen, die Vorbehalte gegenüber einer Sexualpädagogik hegen (Nikolai & Feldengut, 2024).

3.3 Heimatvermittlung und erinnerungspolitische Umdeutungen im Geschichtsunterricht als Strategien zur Konstruktion nationalistischer Identität

Die Forcierung von Heimatvermittlung und einer erinnerungspolitischen Umdeutung des Geschichtsunterrichts an Schulen ist für die AfD eine Strategie zur Konstruktion und Stärkung einer nationalistischen Identität von Schüler*innen.

In ihren Wahlprogrammen greift die AfD das Thema zunehmend offensiv auf und fordert, dass „Heimatliebe“ (AfD SN, 2024, S. 21) ein schulisches Bildungsziel sein soll. Dabei zielt die AfD nicht darauf ab, dass eine pädagogisch reflektierte Auseinandersetzung mit Herkunft und Raum stattfinden soll, sondern die Beschäftigung mit Heimat soll eine nationalistische Konzeption von Zugehörigkeit stärken. Damit richtet sich die AfD gegen Diversität und Migration. In Anlehnung an Lehner und Wodak (2020) kann „Heimat“ als emotional codiertes Deutungsangebot verstanden werden, das im Rechtspopulismus mit Abstammung und nationalistischen Einstellungen verknüpft wird. Die AfD gibt sich das „Image als Heimatschützer“ und dieses Narrativ ist eine „zentrale politische Strategie“ (Walther & Iseman, 2019, S. 83) der Partei. Schulen sollen „Heimatliebe vermitteln“ (AfD SN, 2024, S. 21; 2019, S. 21; vgl. auch AfD BB, 2024, S. 59) und hierfür soll der Geschichtsunterricht (aber auch andere Fächer) stärker regionale Kulturgeschichte und kulturelles Erbe vermitteln (AfD TH, 2024, S. 113; 2014, S. 14; AfD BB, 2014, S. 9). Dabei soll auf die „Herkunft und Entwicklung unserer Hochkultur“ (AfD TH, 2024, S. 113; 2014, S. 14) eingegangen werden, um „Identität und Identifikation mit unserem Heimatland“ (AfD TH, 2014, S. 14) zu schaffen. „Heimatliebe“ (AfD BB, 2024, S. 59; AfD SN, 2024, S. 2) sieht die AfD als Element zur Identitätsbildung und Werteerziehung. Diese Positionierung ist als eine nationalistische Bildungspositionierung zu interpretieren, richtet sie sich doch gegen Diversität und Multikulturalismus.

In ihrer Forderung nach einer stärkeren Vermittlung regionaler Kultur zielt die AfD auf eine Nationalisierung schulischer Inhalte und fördert eine diskursive Verschiebung weg von einer Schule, die Pluralität und Demokratie fördert. Deutlich wird dies auch in der erinnerungspolitischen Umdeutung des Geschichtsunterrichts. Die AfD verlangt, dass der Geschichtsunterricht weniger auf NS-Geschichte und die Shoah eingehen sollte. In ihrem Wahlprogramm von 2014 sprach die AfD von einer „Umgewichtung des Geschichtsunterrichts“ (AfD SN, 2014, S. 19) mit einer Fokussierung auf das 19. Jahrhundert. Es müsse ein „ausgewogenes Bild der deutschen Geschichte“ (AfD BB, 2019, S. 5) vermittelt werden. So soll der Geschichtsunterricht sich mit den „Schatten-, aber auch den Lichtseiten der Geschichte Deutschlands“ (AfD SN, 2024, S. 21; vgl. auch ebd., 2019, S. 33) beschäftigen. Solche Aussagen sind als geschichtsrevisionistische Positionen zu interpretieren, die im Einklang mit Forderungen nach Veränderungen in der Erinnerungspolitik stehen. So forderte etwa der AfD-Fraktionsvorsitzende Björn Höcke eine „erinnerungspolitische

Wende um 180 Grad“ (zitiert nach Kursko, 2019). Die Forderungen zeigen nicht nur eine antisemitische Grundhaltung der Partei (Saur et al., 2025), sondern auch eine zunehmend stärkere nationalistische und identitäre Positionierung, welche sich in den schulpolitischen Forderungen nach Stärkung von Heimatvermittlung an Schulen und Neuausrichtung des Geschichtsunterrichts niederschlägt.

Diese Fokussierung auf das Nationale und die damit verbundene Ablehnung des Fremden steht auch im Zusammenhang mit migrationsfeindlichen Äußerungen und der Ablehnung einer multikulturellen Gesellschaft. So werden ein Islamunterricht an Schulen und Ausnahmeregelungen für muslimische Schüler*innen im Schwimm- und Sportunterricht abgelehnt (vgl. hierzu auch Gawert et al., 2025). Hafener et al. (2021) zeigen in ihren Analysen der Parlamentsarbeit der AfD, dass die AfD politische Bildungsarbeit zur Extremismusprävention und Demokratiestärkung zu diskreditieren versucht. Nach Höhne und Heinze arbeitet die AfD „[m]it vermeintlich harmlosen Anfragen [darauf hin, dass] als links geschmähte Kultur- und Demokratieprojekte, die öffentlich finanziert werden, eingeschüchtert und delegitimiert werden“ (Höhne & Heinze, 2024, o. S.).

Die Forderung nach einem Geschichtsunterricht, der sich weniger mit Themen der nationalsozialistischen Herrschaft und der Shoah beschäftigt, weist auf eine geschichtsrevisionistische Strategie und Radikalisierung erinnerungspolitischer Positionen hin. Die in den Wahlprogrammen mittlerweile starke Fokussierung auf Heimatvermittlung belegt, dass dies zunehmend als Gegenkonzept zur Diversität und Multikulturalismus von der AfD gesehen wird und auch hier eine Radikalisierung der Positionen festzustellen ist. Im Kontext der forcierten Heimatvermittlung und erinnerungspolitischen Umdeutung des Geschichtsunterrichts zeigt sich – wie bei der Ablehnung einer Sexualpädagogik und Thematisierung vielfältiger Lebensweisen – eine enge Verknüpfung von migrations- mit vielfaltsfeindlichen Diskursen in der Programmatik der AfD.

3.4 Politische Neutralität und ihre Instrumentalisierung zur Einschränkung von Demokratiebildung an Schulen

Die Forderung nach einer „politischen Neutralität“ von Schulen ist in den Wahlprogrammen von 2024 in den drei ostdeutschen Bundesländern Thema und wohl als Reaktion darauf zu verstehen, dass Lehrkräfte zunehmend aufgefordert werden, sich im Unterricht für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Grundgesetz einzusetzen und mit ihren Schüler*innen rechtsextremes Gedankengut zu reflektieren (GEW, 2024). Die Forderung ist folglich kein konkreter Unterrichtsinhalt, sondern eine metainhaltliche Beschränkung des möglichen diskursiven Raums. In mehreren Bundesländern hat die AfD versucht, Online-Portale einzurichten, auf denen sich Eltern und Schüler*innen über Lehrkräfte beschweren können. Diese Portale wurden bisher von den Gerichten verboten, verunsichern aber Lehrkräfte (Hentges & Lösch, 2021). Die AfD fordert in den drei ostdeutschen Bundesländern, dass der Unterricht politisch neutral sein soll. So sei „eine einseitige politische Indoktrination und Einflussnahme [...], durch die bestimmte politische Auffassungen oder Parteien verächtlich gemacht oder unsachlich diskutiert werden“ (AfD TH, 2024, S. 34), zu vermeiden. Es wird das Bild aufgeworfen, dass das „Klassenzimmer [ein] Ort der Indoktrination“ (AfD SN, 2024, S. 22) sei und die politische Neutralität von Schulen

wiederhergestellt werden müsse (AfD BB, 2024, S. 42). Diese Positionen werden mit dem Beutelsbacher Konsens begründet (AfD SN, 2024, S. 22; AfD TH, 2024, S. 34).

Nach Hafeneger und Jestädt (2022) missversteht die AfD den Beutelsbacher Konsens und deutet ihn im Sinne eigener politischer Interessen. Der Neutralitätsbegriff wird instrumentalisiert, um „mit negativen Etikettierungen und den vermeintlichen Verstößen gegen das sogenannte Neutralitätsgebot Legitimationsdruck zu erzeugen“ und dadurch „Raum- und Normalitätsgewinne zu erreichen“ (ausführlich nachzulesen bei Hafeneger & Jestädt, 2022, S. 120 f.). Auch nach Wrase (2024) wird der Beutelsbacher Konsens missverstanden, da unterschiedliche Sichtweisen im Unterricht diskutiert werden sollten, was aber nicht bedeutet, dass sich Lehrkräfte „vollkommen jeder eigenen Meinungsäußerung enthalten“ (ebd., S. 484) müssen. Lehrkräfte können „Gefahren thematisieren, die aus so einer populistischen Bewegung heraus erwachsen können“ (ebd.).

Die Forderung nach einer politischen Neutralität von Schulen stellt für die AfD ein zentrales Instrument zur Einschränkung von Demokratiebildung an Schulen dar. Damit Bildung aber Schüler*innen zu Selbstbestimmung, Mitbestimmung und Solidarität (Klafki, 2007, S. 153) befähigen kann, muss Schule einen Raum für demokratischen Streit schaffen. Eine Demokratiebildung an Schulen kann Schüler*innen in ihrer Urteilsfähigkeit und in der Reflexion antidemokratischer Positionen sowie gesellschaftlicher Machtverhältnisse stärken und sie damit befähigen, sich mit Positionen auseinanderzusetzen (auch in einem demokratischen Streit) und an pluralen Aushandlungsprozessen teilzuhaben (ausführlicher hierzu vgl. Achour et al., 2025 und Kolleck, 2022). Jedoch soll in der AfD-Programmatik Schule nicht als Ort einer Demokratiebildung gestärkt werden, da die AfD in Kommunen und in Landtagen Projekte zur Extremismusprävention, diskriminierungskritischen Bildungsarbeit oder zur Stärkung des Eintretens für die freiheitlich-demokratische Grundordnung ablehnt. Die AfD zielt darauf ab, ein vermeintlich neutrales, aber letztlich doch autoritär-nationalistisches Verständnis von Schule durchzusetzen. Die Forderung nach politischer Neutralität in Schulen dient dazu, eine kritische Auseinandersetzung mit den Positionen der AfD zu verhindern.

4 Fazit: Schulpolitik als Strategie einer autoritär-nationalistischen Kulturpolitik

Unsere Analyse zeigt, dass Schulpolitik eine zentrale strategische Rolle in den Wahlprogrammen der AfD spielt und gezielt zur Rahmung einer autoritär-nationalistischen Kulturpolitik genutzt wird.

Die schulpolitischen Forderungen der AfD – von der Ablehnung pluralitätsorientierter Sexualpädagogik über die Reaktivierung von Heimatkunde bis hin zur erinnerungspolitischen Verschiebung im Geschichtsunterricht – sind Teil einer ideologischen Gesamtstrategie. Sie dienen der symbolischen Rahmung von Schule als Ort zur Herstellung autoritär-nationaler Zugehörigkeit und zur Zurückdrängung von Demokratiebildung. Die Forderung nach politischer Neutralität erscheint dabei als rhetorisches Mittel zur Delegitimierung pluralitäts- und menschenrechtsorientierter Bildungsarbeit, die den Positionen der Partei entgegenstehen. Der Beutelsbacher Konsens wird selektiv uminterpretiert, um Lehrkräfte zu verunsichern und demokratiepädagogische Handlungsspielräume einzuschränken.

Gleichzeitig zeigt sich eine erinnerungspolitische Strategie, die auf eine erinnerungspolitische Revision der deutschen Vergangenheit zielt. Diese Felder berühren zentrale Konfliktlinien rund um Geschlecht, Nation und Demokratie und konkretisieren die kulturpolitische Strategie der AfD im schulischen Raum. Nach Höhne zeigt sich eine „Normalisierungsstrategie der AfD“ (2024, S. 820). Die Wirksamkeit dieser Strategie zeigt sich in Wahlanalysen, wonach die AfD gerade bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf starke Zustimmung stößt (Maas & Hartwin, 2025; vgl. auch Mullis in diesem Heft).

Es bedarf weiterer Untersuchungen, um den Einfluss der AfD auf Schulpolitik zu untersuchen und zu verstehen sowie Gegenstrategien zu entwickeln. Noch ungeklärt ist, inwieweit sich die AfD-Programmatik konkret im Schulalltag niederschlägt, besonders in den ostdeutschen Bundesländern, in denen die AfD stark in den Parlamenten vertreten ist. Zu untersuchen ist auch, welchen Einfluss die AfD auf kommunaler Ebene auf den schulischen Unterricht nehmen kann, insbesondere, wenn die AfD in Stadt- und Gemeinderäten weiterhin an Stärke gewinnt. So ist zu prüfen, welche Spielräume Lehrkräfte und Schulleitungen in kommunalpolitisch dominanten AfD-Kontexten haben (z. B. erfassbar durch ethnografische Schulstudien oder Interviews mit Lehrkräften und Schulleitungen). Schließlich ist auch zu klären, wie schulpolitische Akteur*innen auf die Positionen der AfD reagieren (etwa mithilfe von Expert*inneninterviews) und wie sich Diskurse zur Unterrichtsgestaltung ändern.

Unterrichtsinhalte sind nicht bloß pädagogisch-didaktische Aspekte, sondern zunehmend auch Projektionsfläche ideologischer Machtansprüche. Bildungsforscher*innen sollten diese Verschiebungen nicht nur empirisch erfassen, sondern auch reflektieren. Angesichts eines Erstarkens extrem rechter und populistischer Akteur*innen sollte auch diskutiert werden, wie Demokratiebildung nicht nur an Schulen, sondern auch in anderen Bildungseinrichtungen gestärkt werden kann.

Danksagung

Der Beitrag entstand im Rahmen eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanzierten Projekts zur Schulpolitik der AfD (Förderkennzeichen: NI 1371/6–1). Wir danken den Gutachter*innen und Herausgeber*innen für ihre konstruktive Kritik und Überarbeitungsvorschläge. Unser Dank geht zudem an Katrin Schwab für ihre Unterstützung bei der Formatierung und Prüfung des Beitrags.

Quellen

- AfD BB (Alternative für Deutschland Brandenburg). (2014). *Mut zu Brandenburg – bodenständig und frei leben*.
- AfD BB (Alternative für Deutschland Brandenburg). (2019). *Hol dir dein Land zurück*.
- AfD BB (Alternative für Deutschland Brandenburg). (2024). *Regierungsprogramm für Brandenburg*.
- AfD SN (Alternative für Deutschland Sachsen). (2014). *Wahlprogramm 2014*.
- AfD SN (Alternative für Deutschland Sachsen). (2019). *Trau dich Sachsen*.
- AfD SN (Alternative für Deutschland Sachsen). (2024). *Damit Sachsen Heimat bleibt*.

- AfD TH (Alternative für Deutschland Thüringen). (2014). *Aufbruch für Thüringen*.
 AfD TH (Alternative für Deutschland Thüringen). (2019). *Meine Heimat, mein Thüringen*.
 AfD TH (Alternative für Deutschland Thüringen). (2024). *Alles für Thüringen*.

Literatur und Internetquellen

- Achour, S., Sieberkrob, M., Pech, D., Zelck, J., & Eberhard, P. (Hrsg.). (2025). *Demokratiebildung und Fachdidaktik. Band 2: Fachperspektiven*. Wochenschau. <https://doi.org/10.46499/2560>
- Andresen, S. (2018). Rechtspopulistische Narrative über Kindheit, Familie und Erziehung. *Zeitschrift für Pädagogik*, 64 (6), 768–787. <https://doi.org/10.25656/01:22173>
- Baader, M. (2020). Neue Rechte – „Umerziehung“, „Genderideologie“ und „Frühsexualisierung“ – Kampfbegriffe in einem neuen Kulturkampf. Erziehungswissenschaftliche Themen im Fokus von Populismus und Neuer Rechter. In U. Binder & J. Oelkers (Hrsg.), *Das Ende der politischen Ordnungsvorstellungen des 20. Jahrhunderts. Erziehungswissenschaftliche Beobachtungen* (S. 129–154). VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-29192-1_9
- Beck, H. K., Hanelt, E., & Wintermantel, V. (2024). WAS WÄRE, WENN ...? Zur Verwundbarkeit der Demokratie in Thüringen. *APuZ*, 74 (33–35), 29–34. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/fokus-ostdeutschland-2024/551117/was-waere-wenn/>
- Bereswil, M., Ehler, G., & Neuber, A. (2021). Feindselige Anfragen. *GENDER – Sonderheft 6*, 108–122. <https://doi.org/10.25595/2099>
- BfV (Bundesamt für Verfassungsschutz). (2025). *Bundesamt für Verfassungsschutz stuft die „Alternative für Deutschland“ als gesichert rechtsextremistische Bestrebung ein*. Pressemitteilung vom 02.05.2025. <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2025/pressemitteilung-2025-05-02.html>
- Böhm, W., & Seichter, S. (2022). *Wörterbuch der Pädagogik* (18. Aufl.). Brill, Schöningh. <https://doi.org/10.36198/9783838588148>
- Fend, H. (2009). *Neue Theorie der Schule* (2. Aufl.). VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-91788-7>
- Gawert, M., & Saur, L. (2024). Die Analyse von schulpolitischen Positionen rechtspopulistischer Akteur*innen in Sozialen Medien – ein methodischer Vorschlag. *Bildung und Erziehung*, 77 (4), 467–482. <https://www.vr-elibrary.de/doi/10.7788/buer-2024-770406>
- Gawert, M., Saur, L., & Nikolai, R. (2025). Schulsport als Politikum?! *sportunterricht*, 74 (1), 4–8. <https://doi.org/10.30426/SU-2025-01-1>
- GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft). (2024). *Lehrkräfte müssen nicht neutral sein*. https://www.gew.de/schule/oekonomische-bildung/nachhaltigkeit/aktuelles/detailseite?tx_news_pi1%5Bnews%5D=34943&cHash=9ce989975214c0a3f39e07fd67814e5
- Giudici, A. (2024). Rechtsradikale und rechtsextreme Einstellungen zur Bildungspolitik im Westeuropa nach 1945. *Bildung und Erziehung*, 77 (4), 401–417. <https://www.vr-elibrary.de/doi/10.7788/buer-2024-770402>
- Giudici, A., Gruber, O., Schnell, P., & Pultar, A. (2025). Far-right parties and the politics of education in Europe. *Journal of Contemporary European Studies*, 33 (1), 1–14. <https://doi.org/10.1080/14782804.2024.2352518>
- Hafeneger, B., & Jestädt, H. (2022). Jugend- und Bildungsverständnis hinter den Neutralitätsforderungen der AfD. In A. Wohnig & P. Zorn (Hrsg.), *Neutralität ist keine Lösung! Politik, Bildung – politische Bildung* (S. 119–136). BpB. https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/SR10592_Neutralitaet-ist-keine-Loesung_Leseprobe.pdf
- Hafeneger, B., Jestädt, H., Schwerthelm, M., Schumacher, N., & Zimmermann, G. (2021). *Die AfD und die Jugend*. Wochenschau. <https://doi.org/10.46499/1723>
- Hanschmann, F. (2024, 28. August). *Was könnte die AfD an Schulen ändern, wenn sie das Kultusministerium übernimmt?* Interview mit Deutsches Schulportal. <https://deutsches-schul->

- portal.de/bildungswesen/was-koennte-die-afd-an-schulen-aendern-wenn-sie-das-kultusministerium-uebernimmt/
- Helbig, M., & Nikolai, R. (2015). *Die Unvergleichbaren*. Klinkhardt. <https://doi.org/10.25656/01:11095>
- Hentges, G., & Lösch, B. (2021). Politische Neutralität vs. Politische Normativität in der politischen Bildung. In M. Hubacher & M. Waldis (Hrsg.), *Politische Bildung für die digitale Öffentlichkeit. Die Veränderung politischer Öffentlichkeit durch Denunziationsplattformen im Internet* (S. 131–152). Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-658-33255-6_7
- Hepp, G. F. (2011). *Bildungspolitik in Deutschland. Eine Einführung*. VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-93122-7>
- Höhne, B. (2024). Rezension zu Spissinger, Florian (2024): Die Gefühlsgemeinschaft der AfD. Narrative, Praktiken und Räume zum Wohlfühlen. *Politische Vierteljahresschrift*, 65 (4), 819–822. <https://doi.org/10.1007/s11615-024-00575-6>
- Höhne, B., & Heinze, A.-S. (2024). Kümern und Spalten. Wie die AfD die Kommunalpolitik verändert. *Verfassungsblog 2024/12/13*. <https://doi.org/10.59704/e07428803cd0cc0f>
- Hussain, S., & Yunus, R. (2021). Right-wing populism and education. *British Educational Research Journal*, 47 (2), 247–263. <https://doi.org/10.1002/berj.3726>
- Kenner, S., & Lange, D. (2022). Demokratiebildung als Querschnittsaufgabe. In W. Beutel, M. Gloe, G. Himmelfmann, D. Lange, V. Reinhardt & A. Seifert (Hrsg.), *Handbuch Demokratiepädagogik* (S. 62–71). Wochenschau.
- Kenzhegaliyeva, M. (2023). (Hrsg.). *Schule als Lern- und Lebensraum: Nationale und internationale Perspektiven der Schulpädagogik und Schulentwicklungsforschung. Festschrift für Prof. Dr. Barbara Drinck*. Barbara Budrich. <https://doi.org/10.2307/jj.7013077>
- Klafki, W. (2007). *Neue Studien zur Bildungstheorie und Didaktik*. Beltz.
- Kolleck, N. (2022). *Politische Bildung und Demokratie. Eine Einführung in Anwendungsfelder, Akteure und internationale Ansätze*. Barbara Budrich. <https://doi.org/10.36198/9783838559377>
- Kuckartz, U., & Rädiker, S. (2024). *Qualitative Inhaltsanalyse*. Waxmann.
- Kursko, J. (2019). Höcke in der Mitte. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 64 (12).
- Lehner, S., & Wodak, R. (2020). Nationalismus und Rechtspopulismus. In R. de Cillia, R. Wodak, M. Rheindorf & S. Lehner (Hrsg.), *Österreichische Identitäten im Wandel. Empirische Untersuchungen zu ihrer diskursiven Konstruktion 1995–2015* (S. 169–204). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-28701-6_5
- Lück, M. (2017). *Die Kulturpolitik der Alternative für Deutschland*. Dossier weiterdenken der Heinrich-Böll-Stiftung. https://weiterdenken.de/sites/default/files/uploads/2017/02/manuela_luck_kulturpolitik_afd.pdf
- Maas, R., & Hartwin, M. (2025). *Jugendwahlstudie Ostdeutschland*. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-47181-1>
- Mayer, S. M. (2024). Kindliche Sexualität als „vage Bedrohung“. *Bildung und Erziehung*, 77 (4), 418–433. <https://www.vr-elibrary.de/doi/10.7788/buer-2024-770403>
- Nestore, M., & Robertson, S. (2022). Introduction to special issue: education and populisms. *Globalisation, Societies and Education*, 20 (2), 81–85. <https://doi.org/10.1080/14767724.2021.1948392>
- Nikolai, R., & Feldengut, C. (2024). Rechte Christ:innen und die AfD. *Bildung und Erziehung*, 77 (4), 451–466. <https://www.vr-elibrary.de/doi/10.7788/buer-2024-770405>
- Nikolai, R., Gawert, M., & Saur, L. (2024). The Alternative for Germany and its school policy positions. *on_education*, 7 (20). https://doi.org/10.17899/on_ed.2024.20.5
- Nikolai, R., & Matthes, E. (2024). Rechtspopulismus und Schule. *Bildung und Erziehung*, 77 (4), 395–400. <https://www.vr-elibrary.de/doi/10.7788/buer-2024-770401>
- Oldemeier, A. L. (2019). Die Novellierung des hessischen Lehrplans für Sexualerziehung. In M. Näser-Lather, A. L. Oldemeier & D. Beck (Hrsg.), *Backlash?! Antifeminismus in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft* (S. 213–234). Ulrike Helmer.

- Piattoeva, N., Viseu, S., & Wirthová, J. (2023). Introduction to the special issue 'Return of the nation: education in an era of rising nationalism and populism'. *European Educational Research Journal*, 22 (5), 595–606. <https://doi.org/10.1177/147490412311884>
- Prenzel, A. (2013). *Herausforderung: Heterogenität*. <https://www.bpb.de/themen/bildung/dossier-bildung/145242/herausforderung-heterogenitaet/>
- Proeschel, C., & Szukula, A. (2024). Bildung vor Gericht. *Bildung und Erziehung*, 77 (4), 434–450. <https://www.vr-elibrary.de/doi/10.7788/buer-2024-770404>
- Salajan, F. D., & Jules, T. D. (2024). The Global Resurgence of Authoritarianism and Its Existential Threats to Education. *Comparative Education Review*, 68 (3), 319–518. <https://doi.org/10.1086/732119>
- Saur, L., Gawert, M., & Nikolai, R. (2025). Die AfD und eine ‚Erziehung nach Auschwitz‘. Ein schulpolitischer Tabubruch im Kontext von Geschichte und Erinnerung [Eingereichtes Manuskript zur Begutachtung].
- Walther, E., & Iseman, S. D. (2019). *Die AfD – psychologisch betrachtet*. Springer. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-25579-4>
- Wrase, M. (2024). Forum. Interview mit Prof. Michael Wrase. *Bildung und Erziehung*, 77 (4), 483–488. <https://www.vr-elibrary.de/doi/10.7788/buer-2024-770407>

Rita Nikolai, Prof. Dr., Professorin für Pädagogik mit Schwerpunkt Vergleichende Bildungsforschung an der Universität Augsburg.

E-Mail: rita.nikolai@uni-a.de

ORCID: 0000-0001-8240-150X

Moritz Gawert, M. A., Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Pädagogik mit Schwerpunkt Vergleichende Bildungsforschung an der Universität Augsburg.

E-Mail: moritz.gawert@uni-a.de

ORCID: 0009-0002-7911-0060

Line Saur, M. A., Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Pädagogik mit Schwerpunkt Vergleichende Bildungsforschung an der Universität Augsburg.

E-Mail: line.saur@uni-a.de

ORCID: 0009-0002-7765-4603

Korrespondenzadresse: Universität Augsburg, Philosophisch-Sozialwissenschaftliche Fakultät, Universitätsstraße 10, 86159 Augsburg